

# Newsletter

## Legal News Energierecht für energieintensive Unternehmen

Ausgabe 17, November 2021

### Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir freuen uns, Ihnen die neueste Ausgabe unseres PDF-Newsletters Legal News Energierecht für energieintensive Unternehmen übersenden zu können.

Mit unserem Newsletter wollen wir den eiligen Leser auf prägnante und übersichtliche Weise über die aktuellen energierechtlichen Themen, die besondere Relevanz für energieintensive Unternehmen aufweisen, informieren. Sie profitieren dabei von dem Expertenwissen der verschiedenen Fachbereiche und erhalten zu allen Themen kompetente Auskunft sowie Verweise auf weiterführende Quellen.

Für fachliche Rückfragen können Sie selbstverständlich die Ihnen bekannten Mitglieder des Energierechtsteams ansprechen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!

Mit freundlichen Grüßen

**Michael H. Küper**  
Partner

**Peter Mussaeus**  
Partner

**Stefan Krakowka**  
Of Counsel

**Dr. Daniel Callejon**  
Senior Manager

### Inhalt

<b>Aktuelles aus der Politik</b> .....	2
Koalitionsvertrag der Ampel steht - Beginn einer neuen Ära der Energie- und Klimapolitik in Deutschland? ..	2
<b>Neues aus Europa</b> .....	4
Kommission hat KUEBLL-Entwurf aus Juni 2021 überarbeitet.....	4
Bericht über die im Europäischen Rat erzielten Fortschritte beim Legislativpaket „Fit for 55“ veröffentlicht... ..	5
<b>Service</b> .....	6
Save the Date! Dekarbonisierung in der Industrie – (Neue) Entlastungsmöglichkeiten (BesAR, SPK, BECV, etc.) und Gestaltungsoptionen .....	6
<b>Über uns</b> .....	7
Ihre Ansprechpartner .....	7
Redaktion.....	7

# Aktuelles aus der Politik

## Koalitionsvertrag der Ampel steht - Beginn einer neuen Ära der Energie- und Klimapolitik in Deutschland?

SPD, Grüne und FDP haben am 24. November 2021 ihren Koalitionsvertrag 2021 bis 2025 vorgestellt. Nach etwa fünf Wochen intensiver Verhandlungen haben sich die Ampelparteien auf das 177 Seiten starke Papier verständigt und damit den Grundstein für das neue Regierungsbündnis gelegt. Die wesentlichen Punkte des Koalitionsvertrages im Hinblick auf die Bereiche Klima und Energie finden Sie nachfolgend im Überblick.

---

**RA Michael H. Küper, M.Sc.**  
Tel.: +49 211 981-5396  
michael.kueper@pwc.com

**RA Dr. Daniel Callejon**  
Tel.: +49 211 981-2194  
daniel.callejon@pwc.com

---

Bereits in der Präambel ihres Koalitionsvertrages stellt die künftige Bundesregierung klar, dass die Erreichung der Pariser Klimaschutzziele oberste Priorität hat. Um Deutschland auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen, forciert die künftige Regierung eine neue Dynamik in der Energiewende. Neben einem schnellen und ehrgeizigen Ausbau der erneuerbaren Energien ist auch eine Beendigung des fossilen Zeitalters durch den Ausstieg aus der Kohleverstromung „idealerweise“ bis 2030, das Festhalten am Kernenergieausstieg sowie das Aus für die Technologie des Verbrennungsmotors bis 2035 vorgesehen. Im kommenden Jahr soll zudem ein Klimaschutz-Sofortprogramm auf den Weg gebracht werden. Darüber hinaus wollen die Koalitionsparteien die Weichen für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft stellen, um nachhaltigen Wohlstand zu sichern.

---

### Wirtschaft und Industrie

Ziel der künftigen Regierung ist ein Klimaschutz in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft. In ihrem Koalitionsvertrag weisen die Parteien darauf hin, dass der Industrie eine zentrale Rolle bei der Transformation der Wirtschaft mit Blick auf die Bereiche Klimaschutz und Digitalisierung zukommt. Neben der Stärkung der Innovations-, Investitions- und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sowie der Erarbeitung einer Industriestrategie ist auch die Schaffung von Instrumenten zur Erreichung der Klimaschutzziele, etwa in Form von sog. „Carbon Contracts for Difference“ (Klimaverträge), vorgesehen. Zudem will die Ampelregierung die Nutzung von grünem Wasserstoff – vorrangig in den Wirtschaftssektoren – weiter vorantreiben und plant in diesem Zusammenhang u.a.:

- ihren Einsatz hinsichtlich der Gründung einer Europäischen Union für grünen Wasserstoff,
- die finanzielle Förderung von Investitionen in den Aufbau einer Wasserstoffnetzinfrastruktur,
- die Erhöhung der Ziele der Elektrolyseleistung,
- die Einführung von Quoten für grünen Wasserstoff in der öffentlichen Beschaffung.

Geplant ist außerdem die Schaffung zukunftsorientierter Rahmenbedingungen für einen wettbewerbsfähigen Mittelstand. So soll die Beantragung von Förderprogrammen und Investitionszuschüssen für kleine und mittlere Unternehmen vereinfacht und die Beteiligungsmöglichkeit an Vergabeverfahren gestärkt werden.

Des Weiteren ist eine finanzielle Unterstützung der Halbleiterbranche geplant, um Deutschland zum globalen Standort in diesem Bereich zu machen und diese Schlüsseltechnologie in Europa zu sichern, zu stärken und auszubauen.

---

### Mobilität

Ein weiteres Ziel der künftigen Regierung ist die Dekarbonisierung des Mobilitätsbereichs sowie eine deutliche Beschleunigung der praktischen Umsetzung. In diesem Zusammenhang sollen u.a. die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur weiter erhöht und langfristig abgesichert werden. Dabei stehen vor allem Investitionen in den Ausbau des Schienenverkehrs im Vordergrund.

Zudem soll der Transformationsprozess der deutschen Automobilindustrie unterstützt werden, um die Klimaziele im Verkehrsbereich zu erreichen. Rahmenbedingungen und Fördermaßnahmen sollen so ausgerichtet werden, dass Deutschland zum Leitmarkt für Elektromobilität mit mindestens 15 Millionen vollelektrischen PKW bis 2030 wird. Auch die (kleinen und mittleren) Unternehmen in den Automobilregionen sollen bei dem Wandel hin zu Elektromobilität unterstützt werden. Dabei soll die Forschung an Batteriezellen

und die Ansiedlung weiterer Zellproduktionsstandorte einschließlich Recycling in Deutschland gestärkt werden.

Darüber hinaus setzt die Ampelregierung auf einen dem Bedarf vorauslaufenden Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur. Bis 2030 sollen eine Million Ladepunkte öffentlich und diskriminierungsfrei zur Verfügung stehen. Förderungen für den Ausbau der Ladeinfrastruktur sollen effizienter ausgestaltet, Genehmigungsprozesse entbürokratisiert und der Aufbau eines flächendeckenden Netzes an Schnelllade-Hubs beschleunigt werden.

---

## Klima, Energie und Transformation

---

Die Klima-, Energie- und Wirtschaftspolitik der neuen Bundesregierung soll – unter Berücksichtigung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz – national, europaweit und international auf den 1,5-Grad-Pfad ausgerichtet werden. Zentrales Projekt ihrer Regierungsarbeit wird insofern vor allem der Ausbau der erneuerbaren Energien sein.

### Klimaschutzgesetz

Das Klimaschutzgesetz soll noch im Jahr 2022 konsequent weiterentwickelt und ein Klimaschutz-Sofortprogramm mit allen notwendigen Gesetzen und Vorhaben bis Ende des kommenden Jahres auf den Weg gebracht und abgeschlossen werden. Zur Erreichung der Klimaziele müssen nach dem Koalitionsvertrag alle Sektoren einen Beitrag leisten: Verkehr, Bauen und Wohnen, Stromerzeugung, Industrie und Landwirtschaft.

### Erneuerbare Energien

Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll drastisch beschleunigt und entbürokratisiert werden. Die künftige Regierung geht von einem Bruttostrombedarf von 680-750 TWh im Jahr 2030 aus, wovon 80 Prozent aus erneuerbaren Energien stammen sollen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen neben dem EEG weitere Instrumente für den förderfreien Zubau gestärkt werden, bspw. Power-Purchase-Agreements (PPAs) oder der Handel mit Herkunftsnachweisen, ebenso wie der dezentrale Ausbau der erneuerbaren Energien. Zudem sieht die Ampelkoalition vor, Planungs- und Genehmigungsverfahren erheblich zu beschleunigen. Hinsichtlich des Ausbaus von Photovoltaik und (Offshore-)Windenergie wurde Folgendes festgelegt:

- Bei gewerblichen Neubauten soll die Nutzung geeigneter Dachflächen für Solarenergie verpflichtend sein, bei privaten Neubauten soll es die Regel werden. Bis 2030 ist ein Ausbau der Photovoltaik bis 200 GW geplant.
- Zwei Prozent der Landesflächen sollen für die Windenergie an Land ausgewiesen werden. Um dies umzusetzen, sollen noch im ersten Halbjahr 2022 gemeinsam mit Bund, Ländern und Kommunen alle erforderlichen Maßnahmen angestoßen werden.
- Die Kapazitäten für Windenergie auf See sollen auf mindestens 30 GW in 2030, 40 GW in 2035 und 70 GW in 2045 erheblich gesteigert und hierfür entsprechende Flächen in der Außenwirtschaftszone gesichert werden.

Die neue Regierung plant außerdem die Erarbeitung einer nachhaltigen Biomasse-Strategie sowie die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien bei der Wärme.

### Ausstieg aus der Kohle und der Atomenergie

Zur Erreichung der Klimaschutzziele sieht die Ampelkoalition einen beschleunigten Ausstieg aus der Kohleverstromung, „idealerweise“ bis 2030, vor. Potenzielle Versorgungsunsicherheiten sollen regelmäßig überprüft und der steigende Strom- und Energiebedarf vorübergehend durch die Errichtung moderner Gaskraftwerke zu wettbewerbsfähigen Preisen gedeckt werden. Die Gaskraftwerke müssen H2-ready sein, d.h. auf klimaneutrale Gase umgestellt werden können. Zudem wird am Ausstieg an der Kernenergie festgehalten.

### Wasserstoff(-netze)

Die künftige Bundesregierung sieht eine Energieinfrastruktur für erneuerbaren Strom und Wasserstoff als Voraussetzung für die europäische Handlungs- und Wettbewerbsfähigkeit im 21. Jahrhundert an. Im Jahr 2030 soll eine Elektrolysekapazität von rund 10 GW im Jahr erreicht werden. Hierfür soll mehr Tempo und Verbindlichkeit in den Netzausbau gebracht werden, bspw. durch Regelungen zur Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren.

### Strommarktdesign und sozial gerechte Energiepreise

Im Zuge des Ausbaus der erneuerbaren Energien soll ein neues Strommarktdesign erarbeitet sowie die Finanzarchitektur des Energiesystems zügig und umfassend reformiert werden. Zum 1. Januar 2023 soll vor dem Hintergrund sozial gerechter und wettbewerbsfähiger Energiepreise die Finanzierung der EEG-Umlage

über den Strompreis beendet werden. Die EEG-Umlage soll in den Haushalt übernommen werden und die Finanzierung über den Energie- und Klimafond erfolgen. Darüber hinaus soll der bestehende Emissionshandel gestärkt und i.S.d. EU-Programms „Fit for 55“ reformiert werden.

Bei Fragen rund um die Themen Klima und Energie sowie etwaiger möglicher Auswirkungen der geplanten Neuerungen auf Ihr Unternehmen kommen Sie gerne jederzeit auf uns zu.

# Neues aus Europa

## Kommission hat KUEBLL-Entwurf aus Juni 2021 überarbeitet

In Heft 10 vom Juli 2021 berichteten wir zuletzt über die Novellierung der „Leitlinien für staatliche Umwelt-, Klimaschutz- und Energiebeihilfen 2022“ (KUEBLL) und den Entwurf der EU-Kommission. Zwischenzeitlich liegt nun aktuell ein überarbeiteter Entwurf vor, den wir nachfolgend hinsichtlich der Änderungen zum Entwurf vom Juni 2021 kurz vorstellen.

Zuvor müssen wir jedoch im Hinblick auf den am 24. November 2021 veröffentlichten Entwurf des Koalitionsvertrages der voraussichtlichen Koalitionäre SPD, Grüne und FDP und damit der neuen Bundesregierung auf eine veränderte Bedeutung der KUEBLL hinweisen.

Die drei Koalitionäre haben vereinbart, zum 1. Januar 2023 die bisherige sog. EEG-Umlage in die staatliche Finanzierung zu überführen. Dies bedeutet, dass ab diesem Zeitpunkt der Ausgleich des EEG-Kontos nicht mehr über eine Umlage auf den Stromverbrauch finanziert werden soll. Damit dürfte zugleich auch die Beschränkung des Umfangs der Zahlung der Umlage über die Besondere Ausgleichsregelung zum EEG und die Notwendigkeit, hierfür im Jahr 2022 einen Antrag beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) für das Begrenzungsjahr 2023 zu stellen, entfallen. Indem es damit ab 2023 keine Begrenzungsbescheide des BAFA mehr geben dürfte, müssten grundsätzlich konsequenterweise auch die Begrenzung der Umlage nach dem Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz und der Offshore-Netzumlage, die an die Begrenzung durch das BAFA anknüpfen, entfallen. Gerade für diese Begrenzungen der Stromkostenumlagen für die stromkostenintensiven Unternehmen waren die Änderungen der Leitlinien der EU-Kommission von besonderer Bedeutung.

Es wird nun abzuwarten sein, wie die relevanten Gesetze und Verordnungen geändert und für welche Vorhaben der neuen Bundesregierung die Leitlinien Anwendung finden werden.

**Überblick** zu den von der Kommission nunmehr vorgeschlagenen Neuerungen der KUEBLL:

- Die Mitgliedstaaten können Ermäßigungen von Abgaben auf den Stromverbrauch gewähren, mit denen ein energiepolitisches Ziel finanziert wird. Dazu gehören Abgaben zur Finanzierung der Förderung erneuerbarer Energiequellen oder der Kraft-Wärme-Kopplung sowie Abgaben zur Finanzierung von Sozialtarifen oder Energiepreisen in abgelegenen Regionen. Nicht unter diesen Abschnitt fallen Abgaben, die einen Teil der Kosten für die Bereitstellung von Strom an die betreffenden Begünstigten widerspiegeln. So fallen beispielsweise Befreiungen von Netzentgelten oder von Abgaben zur Finanzierung von Kapazitätsmechanismen nicht unter diesen Abschnitt. Abgaben auf den Verbrauch anderer Energieträger, insbesondere Erdgas, fallen ebenfalls nicht unter diesen Abschnitt.
- Die Beihilfen sollten auf Sektoren beschränkt werden, die aufgrund der förderfähigen Abgaben einen Wettbewerbsnachteil erleiden und Gefahr laufen, ihren Standort außerhalb des Unionsgebietes zu verlagern. Das Risiko einer Standortverlagerung hängt von der Elektrointensität des betreffenden Sektors und seiner Exposition gegenüber dem internationalen Handel ab. Dementsprechend können Beihilfen nur an Unternehmen aus folgenden Bereichen gewährt werden
  - Sektoren mit erheblichem Verlagerungsrisiko, bei denen die Multiplikation von Handelsintensität und Elektrointensität auf Unionsebene mindestens 2 % erreicht und deren Handelsintensität und Elektrointensität auf Unionsebene bei jedem Indikator mindestens 5 % beträgt, und
  - von Standortverlagerungen bedrohte Sektoren, bei denen die Multiplikation ihrer Handelsintensität und ihrer Stromintensität auf Unionsebene mindestens 0,6 % erreicht und deren Handelsintensität und Stromintensität auf Unionsebene mindestens 4 % bzw. 5 % beträgt.

---

**RA Michael H. Küper, M.Sc.**  
Tel.: +49 211 981-5396  
michael.kueper@pwc.com

**RA Stefan Krakowka**  
Tel.: +49 69 9585-1256  
stefan.krakowka@pwc.com

---

- Die Sektoren, die diese Förderkriterien erfüllen, werden im Anhang I zu den Leitlinien aufgeführt sein. Der Entwurf dieses Anhangs liegt noch nicht vor. Allerdings soll die Zahl der begünstigungsfähigen Branchen deutlich höher als sein als die 51 Branchen, die im Entwurf vom Juni 2021 genannt waren.
- Die Kommission wird die Beihilfen als verhältnismäßig betrachten, wenn die Begünstigten aus den vorstehend genannten Sektoren mindestens 15 % bzw. 25 % der Kosten tragen, die durch die von einem Mitgliedstaat in seiner Regelung vorgesehenen Stromabgaben entstehen. Die Kommission ist ferner der Auffassung, dass die Beihilfe nur dann verhältnismäßig ist, wenn diese Ermäßigungen nicht zu einer Abgabe von weniger als 0,5 EUR/MWh führt.
  - Die Eigenbeiträge nach den vorstehenden Regelungen könnten jedoch über das hinausgehen, was die besonders exponierten Unternehmen tragen können. Daher kann der Mitgliedstaat stattdessen die zusätzlichen Kosten, die sich aus den Elektrizitätsabgaben ergeben, auf 0,5 % der Bruttowertschöpfung (BWS) der Unternehmen in den Sektoren je nach Fallvariante oder auf 1 % der BWS der Unternehmen in den Sektoren begrenzen.
  - Damit die Beihilfe verhältnismäßig ist, dürfen diese Ermäßigungen nicht zu einer Abgabe unter 0,5 EUR/MWh führen.
- Als weitere Bedingung der Kommission wird die Anwendung der höheren Beihilfeintensitäten in bestimmten Fällen von der Verringerung des Kohlenstoff-Fußabdrucks der betreffenden Unternehmen ihres Stromverbrauchs abhängig gemacht. Zu diesem Zweck müssen die Begünstigten mindestens 50 % ihres Stromverbrauchs aus kohlenstofffreien Quellen beziehen, wovon entweder mindestens 10 % durch ein Termininstrument wie einen Stromabnahmevertrag oder mindestens 5 % durch die Stromerzeugung vor Ort oder in der Nähe des Standorts gedeckt werden.
- Außerdem müssen die begünstigten Unternehmen wie bisher schon Energieaudits nach zertifizierten Energiemanagement- oder Umweltmanagementsystemen durchführen. Der Mitgliedstaat muss sich außerdem verpflichten, zu überwachen, dass die Begünstigten, eine oder mehrere der folgenden Maßnahmen ergreifen:
  - die Empfehlungen des Auditberichts umsetzen, sofern die Amortisationszeit für die betreffenden Investitionen drei Jahre nicht überschreitet und die Kosten ihrer Investitionen verhältnismäßig sind;
- den Kohlenstoff-Fußabdruck ihres Stromverbrauchs verringern, so dass sie mindestens 30 % ihres Stromverbrauchs aus kohlenstofffreien Quellen decken;
- einen erheblichen Anteil von mindestens 50 % des Beihilfebetrags in Vorhaben investieren, die zu einer erheblichen Verringerung der Treibhausgasemissionen der Anlage führen; gegebenenfalls sollten die Investitionen zu einer Verringerung auf ein Niveau führen, das deutlich unter der einschlägigen Benchmark für die kostenlose Zuteilung im EU-EHS liegt.

Der Entwurf der KUEBLL bietet umfangreiche Übergangsregelungen, die indes in Anbetracht der Koalitionsvereinbarung für die bisher insbesondere durch die Besondere Ausgleichsregelung begünstigten, stromkostenintensiven Unternehmen nur noch wenig Relevanz haben dürften.

Besonders für diese Unternehmen werden die Herausforderungen der Klimawendepolitik von besonderer Bedeutung sein. PwC wird die gesetzlichen Entwicklungen intensiv beobachten und Konzepte für die betroffenen Unternehmen entwickeln. Wenn Sie hierbei Hilfe benötigen, melden Sie sich gerne!

## Bericht über die im Europäischen Rat erzielten Fortschritte beim Legislativpaket „Fit for 55“ veröffentlicht

Am 14. Juli 2021 hat die Europäische Kommission das Legislativpaket „Fit for 55“ mit insgesamt 14 Gesetzesvorhaben vorgelegt, welche das Ziel haben, die Netto-Treibhausgasemissionen in der EU bis zum Jahr 2030 um mindestens 50 % gegenüber dem Stand von 1990 zu senken (wir berichteten in der Ausgabe 11 unseres Newsletters von Juli 2021). Nunmehr hat der Rat der Europäischen Union einen Stand über die Bewertung der einzelnen Vorhaben veröffentlicht.

Im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens nach Art. 294 AEUV muss sich sowohl das EU-Parlament als auch der Europäische Rat mit einem Initiativvorschlag für einen EU-Rechtsakt durch die EU-Kommission detailliert auseinandersetzen. Innerhalb des Europäischen Rates werden die verschiedenen Vorschläge des Paketes „Fit for 55“ in den vier verschiedenen Arbeitsgruppen „Umwelt“, „Energie“, „Verkehr“ und „Wirtschaft und Finanzen“ behandelt.

Insbesondere die Reform des Emissionshandelssystems stellt ein Herzstück der EU-Klimapolitik dar und wird in der Arbeitsgruppe „Umwelt“ diskutiert. Dabei befinden sich die Diskussionen noch in einem frühen Stadium, sodass die jeweiligen Ansichten und Standpunkte der Delegationen zumeist noch vorläufiger Art sind.

Im Hinblick auf die **Überarbeitung der Emissionshandelsrichtlinie**, in deren Rahmen die Obergrenzen für Emissionen weiter gesenkt und der jährliche lineare Kürzungsfaktor erhöht werden soll, wurden zum einen Optionen für eine weitere Erhöhung der Ziele diskutiert, zum anderen aber auch die Auswirkungen auf die einzelnen Wirtschaftssektoren und Haushalte erörtert. Hinsichtlich der Einführung eines **separaten Emissionshandelssystems** für den Gebäude- und Straßenverkehrssektor wurden Bedenken geäußert – es könnten vermehrt soziale Auswirkungen auf ohnehin schon einkommensschwache Haushalte eintreten.

In den Zuständigkeitsbereich der Arbeitsgruppe „Energie“ fallen insbesondere die **Erneuerbare-Energien-Richtlinie** sowie die **Energieeffizienz-Richtlinie (Energy Efficiency Directive – „EED“)**. Was die Erneuerbare-Energien-Richtlinie betrifft, so scheinen die Delegationen das Ziel des Vorschlags sowie das vorgeschlagene Gesamtniveau zu unterstützen. Im Rahmen der EED plant die Europäische Kommission unter anderem, die energieeffiziente Fernwärme und Fernkälte neu zu definieren und schlägt damit einhergehend auch einen kompletten Ausstiegspfad aus fossiler Energie vor. In diesem Zusammenhang wird seitens der Arbeitsgruppe vor allem gefordert, dass im Hinblick auf die Definition weitere Ausarbeitungen vorgenommen werden, die auch den nationalen Gegebenheiten der Mitgliedsstaaten Rechnung tragen kann.

Im Rahmen der Arbeitsgruppe „Verkehr“ werden vor allem die Initiative **„ReFuelEU Aviation“** und **„FuelEU Maritime“** diskutiert, die den Einsatz von nachhaltigen Kraftstoffen im Schiffs- und Flugverkehr zum Gegenstand haben. Beide Vorschläge werden seitens der Delegationen begrüßt, wobei insgesamt vor allem die technische Ausarbeitung der Initiativen weiterentwickelt wurde. Hinsichtlich der Einführung des **„Carbon Border Adjustment Mechanism“ („CBAM“ – CO<sub>2</sub>-Ausgleichssystem)** wurden in der Arbeitsgruppe „Wirtschaft und Finanzen“ bislang keine wesentlichen Fortschritte erzielt – allerdings müsse die Auswirkung einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf die Einfuhr bestimmter Produkte insbesondere auf die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie berücksichtigt werden.

Der veröffentlichte Überblicksbericht des Europäischen Rates zeigt, dass die Diskussion über die verschiedenen Vorschläge des „Fit for 55“ unterschiedlich weit vorangeschritten ist, jedoch – insbesondere auf technischer Ebene – durchweg gute Entwicklungen erzielt wurden.

## Service

### Save the Date! Dekarbonisierung in der Industrie – (Neue) Entlastungsmöglichkeiten (BesAR, SPK, BECV, etc.) und Gestaltungsoptionen

---

**RA Michael H. Küper, M.Sc.**  
Tel.: +49 211 981-5396  
michael.kueper@pwc.com

**Christian Stephan**  
Tel.: +49 711 25034-1121  
christian.stephan@pwc.com

---

Energieintensive Industrie aufgepasst – Die hohen Strom- und CO<sub>2</sub>-Preise müssen keine Belastung sein. Wir zeigen, wie auch Ihr Unternehmen entlastet werden kann!

Unsere Veranstaltung zum Thema „Dekarbonisierung in der Industrie – (Neue) Entlastungsmöglichkeiten (BesAR, SPK, BECV, etc.) und Gestaltungsoptionen“ findet am **3. Februar 2022** in Berlin und am **17. Februar 2022** in Frankfurt am Main statt.

Nutzen Sie diese Gelegenheit und erfahren Sie aus erster Hand durch unsere Fachexpert:innen mehr über die bisherigen und neuen Begünstigungsmechanismen.

**Blocken Sie sich jetzt schon die Termine! Weitere Informationen folgen spätestens im Januar 2022.**

Bei Fragen vorab zu den Themen sprechen Sie uns gerne an!

# Über uns

## Ihre Ansprechpartner

**RA Michael H. Küper, M.Sc.**

Tel.: +49 211 981-5396

michael.kueper@pwc.com

**RA Matthias Stephan**

Tel.: +49 211 981-1509

matthias.stephan@pwc.com

**RA Dr. Daniel Callejon**

Tel.: +49 211 981-2194

daniel.callejon@pwc.com

**Rain Alexandra Ufer**

Tel.: +49 211 981-5679

alexandra.ufer@pwc.com

## Redaktion

Für Ihre Fragen, Hinweise und Anmerkungen zum Newsletter stehen Ihnen unsere Ansprechpartner aus der Redaktion gern zur Verfügung. Wir freuen uns auf Ihr Feedback.

**RA Michael H. Küper, M.Sc.**

Tel.: +49 211 981-5396

michael.kueper@pwc.com

**RA Dr. Daniel Callejon**

Tel.: +49 211 981-2194

daniel.callejon@pwc.com

Die Beiträge dieser Publikation sind zur Information unserer Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

©November 2021 PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

"PwC Legal" bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft, die zum Netzwerk der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) gehört. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.

[www.pwc.de](http://www.pwc.de)